

Die politische Krise in Bangladesh spitzt sich zu

von Ahmed Fazl

Die junge Demokratie in Bangladesh ist ernsthaft gefährdet. Die seit dreieinhalb Jahren amtierende Regierung von Premierministerin Sheikh Hasina kommt zunehmend in Bedrängnis. Schon seit Monaten versucht die aus mehreren Parteien bestehende Opposition, vorgezogene Neuwahlen mit allen Mitteln durchzusetzen. Angeführt wird das oppositionelle Bündnis von der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) unter ihrer Führerin Khaleda Zia. Die BNP wird bei ihren Forderungen unterstützt von islamistischen Parteien wie der 'Jamaat-Islami' und der radikaleren 'Oikkyo Jote', die sich für einen islamistisch-theokratischen Staat einsetzt sowie der 'Jatiyo Party' des ehemaligen Diktators Ershad.

Bei gewalttätigen Demonstrationen sind allein seit September diesen Jahres 22 Menschen ums Leben gekommen. Mittlerweile legen die Proteste auch weite Teile der Wirtschaft des Landes lahm. Im November setzte die Opposition in der Hauptstadt Dhaka und anderen größeren Städten insgesamt sechs Streiktage durch, an denen Banken und andere Geschäfte ihre Pforten schließen mußten. Auch Busse und Züge verkehrten nicht, Schulen blieben geschlossen. "Wir kommen jetzt bald an das Ende dessen, was unsere Wirtschaft noch aushalten kann. Was die Politiker mit diesem Land anstellen, ist unverantwortlich und kratzt gewaltig am Fundament der Wirtschaft", beschwert sich Abdul Awal Mintoo, Präsident der Handelskammer (FBCCI), die wichtigste Vereinigung von Handel und Industrie. Auch die parlamentarische Arbeit ist nahezu lahmgelegt, seitdem die meisten Oppositionsparteien die Sitzungen des Parlaments boykottieren.

Die Opposition versucht ihre Vorgehensweise damit zu begründen, die Regierung von Sheikh Hasina habe die Wirtschaft in den Ruin geführt, beschränke die demokratischen Grundrechte und wende repressive Maßnahmen vor allem gegen politische Gegner an (siehe dazu auch "gelbe Seiten"). Die

Vorwürfe wurden von der Regierung zurückgewiesen. Die meisten politischen Beobachter gehen davon aus, daß die Anschuldigungen der Opposition nicht begründet sind. "Alle Aktionen haben bisher nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt", meint Amir Hussain Amu von der regierenden 'Awami League' und Berater der Premierministerin. Amu und andere, die Mitglied im Präsidium der Partei sind, lehnen jegliche Forderungen nach vorgezogenen Neuwahlen ab und verweisen auf den regulären Wahltermin am Ende der Legislaturperiode im Juni 2001. "Es ist gut für eine Demokratie, wenn eine Regierung fünf Jahre im Amt bleibt und dann reguläre Wahlen stattfinden", meint auch das Massenblatt 'Ittefaq'.

Shamsul Islam Khan, früherer Minister und Mitglied des 'Standing Committee' der BNP weist diese Argumentation zurück: "Die 'Awami League' hat ihr Mandat, dieses Land zu regieren, verloren. Die Partei hat für Bangladesh ungünstige Verträge über die Verteilung des Gangeswassers mit Indien unterzeichnet und hat mit Vertretern der Chakmas in den Chittagong Hill Tracts einen nicht verfassungskonformen Friedensvertrag geschlossen", behauptet Khan. Politische Beobachter glauben auch hier, daß ein Großteil der Bevölkerung des Landes hinter Premierministerin Hasina stehe. Zudem sei durch die mutige Vorgehensweise der Regierungschefin ihr internationales Ansehen aufgewertet worden. Daß die Regierung trotz aller Proteste relativ fest im Sattel zu sitzen scheint, zeigt auch das jüngste Ergebnis einer Nachwahl am 15. November in Tangail, einem Gebiet nördlich von Dhaka. Dort gewann der Kandidat der 'Awami League' mit einem großen Stimmenvorsprung die dort notwendig gewordenen Wahlen.

"In diesem Land gibt es eine wachsende Polarisierung zwischen den Kräften, die weiterhin an einem säkularen Staatsgebilde festhalten und Bangladesh zu einem modernen, liberalen und demokratischen

Staat machen wollen und denen, die wollen, daß sich Bangladesh in Richtung eines islamistischen Staates mit einem militanten Gesicht entwickelt", glaubt Suranjit Sen-gupta, einer der führenden Köpfe der 'Awami League'.

Neues Grenzabkommen

Indien und Bangladesh haben, trotz aktueller Spannungen entlang der 4.000 km langen und teilweise umstrittenen Grenze, ein neues Grenzabkommen unterzeichnet. Dieses soll die grenzüberschreitende Kriminalität eindämmen und bekämpfen. Wie offiziell mitgeteilt wurde, ist das neue Abkommen nach viertägigen Verhandlungen zwischen Vertretern der 'Indian Border Security Force' (BSF) und der 'Bangladesh Rifles Border Force' in Dhaka unterzeichnet worden. Das Abkommen sieht als einen der wichtigsten Bestandteile das gemeinsame Vorgehen gegen Waffenhandel, Drogen- und Menschen-smuggel vor. Die Gespräche wurden durch Indiens Anschuldigungen überschattet, Bangladesh würde Rebellen aus den östlichen indischen Bundesstaaten Unterschlupf gewähren und nichts gegen illegalen Menschen-smuggel nach Indien unternehmen. Bangladesh hat die Vorwürfe zurückgewiesen.